

Sie legen und legen die Partei der Arbeiterklasse und der sozialistische Staat ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption und wirtschaftspolitisch-praktischen Tätigkeit die Wirkung der objektiven ökonomischen Gesetze zugrunde. Dabei wird berücksichtigt, daß sich die Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze verändern, daß sie sich mit fortschreitendem Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft qualitativ weiterentwickeln.

Ein Grundzug der Wirkungsbedingungen ökonomischer Gesetze besteht darin, daß sie nicht voneinander isoliert, sondern einheitlich, als miteinander verflochtenes Ganzes auf den sozialistischen Reproduktionsprozeß bzw. in ihm wirken. Bei der Bestimmung wirtschaftspolitischer Ziele und Aufgaben müssen die Erfordernisse der ökonomischen Gesetze insgesamt berücksichtigt werden.

Ein einseitiges Herangehen an die Lösung wirtschaftspolitischer Aufgaben, ausgehend von einzelnen ökonomischen Gesetzen, oder die Nichtberücksichtigung einzelner ökonomischer Gesetze, kann die Stabilität und Kontinuität des betrieblichen und volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses beeinträchtigen.

„Unsere eigenen Erfahrungen unterstreichen dabei die Tatsache, daß es darauf ankommt, die Gesamtheit der objektiven ökonomischen Gesetze in ihrer gegenseitigen Beziehung theoretisch zu erfassen, ihre komplexe Wirkungsweise zu studieren und in der Wirtschaftspolitik auszunutzen.“¹⁾

Komplexität und Differenziertheit

Bei voller Betonung der komplexen Wirkungsweise ökonomischer Gesetze, geht es gleichzeitig um die tiefere Erkenntnis einzelner ökonomischer Gesetze und ihrer Erfordernisse, da sonst die einzelnen Seiten des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses nicht wirkungsvoll gestaltet werden können. Eine besondere Stellung nimmt in diesem Zusammenhang das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ein.

In der Wirtschaftspolitik lassen sich die Partei der Arbeiterklasse und der sozialistische Staat vor allem von ökonomischen Grundgesetzen des Sozialismus leiten, das „die ständige Entwicklung und Vervollkommenheit der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik und der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Ziel der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen und der allseitigen Entwicklung der Menschen der sozialistischen Gesellschaft verlangt.“²⁾

Die besondere Stellung des ökonomischen Grundgesetzes wird dadurch bestimmt, daß es am umfassendsten und direkt das Ziel des so-

Dr. sc. oec. Karl Just und Gerhard Jäger, Sektion Politische Ökonomie/MLO:

Das Grundgesetz wirkt in allen Phasen des sozialistischen Produktionsprozesses

UZ-Reihe: Politische Ökonomie des Sozialismus

7 Ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus und Hauptaufgabe des Fünfjahresplans

Die gesamte Gestaltung des sozialistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses ist auf die Bedürfnisbefriedigung der Menschen und ihre allseitige Entwicklung gerichtet. Die Produktion ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

Von der effektiven Gestaltung des Produktions- und Reproduktionsprozesses der sozialistischen Gesellschaft hängen Umfang und Niveau der Bedürfnisbefriedigung ab. In der sozialistischen Gesellschaft kann nur das der Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung gestellt werden, wofür in der Produktion hinreichende Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Nutzeffektkriterien des sozialistischen volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses können nur aus der Zweckbestimmung der Produktion, also dem Niveau der Bedürfnisbefriedigung abgeleitet werden. Das Nutzeffektkriterium des sozialistischen Reproduktionsprozesses muß der Ausdruck des Wachstums des Teils des Nationaleinkommens sein, der für die Bedürfnisbefriedigung bereitgestellt wird.

Da mit der Zielstellung des ökonomischen Grundgesetzes, der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse und der allseitigen Entwicklung der Menschen, entscheidende Maßstäbe für die Reproduktionsbedingungen der Werktätigen gesetzt werden, müssen die Bedürfnisse der Arbeiterklasse, als entscheidender Klasse beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, vorrangig befriedigt werden. Das ökonomische Grundgesetz bringt damit sozialökonomische Aspekte zum Ausdruck, die mit der sozialistischen Gesellschaft als Klassengesellschaft verbunden sind.

Die gesamte Gestaltung des sozialistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses ist auf die Bedürfnisbefriedigung der Menschen und ihre allseitige Entwicklung gerichtet. Die Produktion ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

Von der effektiven Gestaltung des Produktions- und Reproduktionsprozesses der sozialistischen Gesellschaft hängen Umfang und Niveau der Bedürfnisbefriedigung ab. In der sozialistischen Gesellschaft kann nur das der Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung gestellt werden, wofür in der Produktion hinreichende Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Nutzeffektkriterien des sozialistischen volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses können nur aus der Zweckbestimmung der Produktion, also dem Niveau der Bedürfnisbefriedigung abgeleitet werden. Das Nutzeffektkriterium des sozialistischen Reproduktionsprozesses muß der Ausdruck des Wachstums des Teils des Nationaleinkommens sein, der für die Bedürfnisbefriedigung bereitgestellt wird.

Da mit der Zielstellung des ökonomischen Grundgesetzes, der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse und der allseitigen Entwicklung der Menschen, entscheidende Maßstäbe für die Reproduktionsbedingungen der Werktätigen gesetzt werden, müssen die Bedürfnisse der Arbeiterklasse, als entscheidender Klasse beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, vorrangig befriedigt werden. Das ökonomische Grundgesetz bringt damit sozialökonomische Aspekte zum Ausdruck, die mit der sozialistischen Gesellschaft als Klassengesellschaft verbunden sind.

Die gesamte Gestaltung des sozialistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses ist auf die Bedürfnisbefriedigung der Menschen und ihre allseitige Entwicklung gerichtet. Die Produktion ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

zulegen und die Aufgabe in den Vordergrund zu rücken, insbesondere die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern.“³⁾

Hier wird auch der enge Zusammenhang des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus mit anderen ökonomischen Gesetzen, beispielsweise dem Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung, dem Gesetz der Ökonomie der Zeit und dem Gesetz der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität deutlich gemacht.

Fünfjahrplan und Grundgesetz

Selbstverständlich wurden auch ihre Erfordernisse bei der Erarbeitung der Hauptaufgabe des Fünfjahresplans 1971-1975 berücksichtigt. Auf der Grundlage des Wirkens des ökonomischen Grundgesetzes und der mit ihm verbundenen anderen ökonomischen Gesetze des Sozialismus erarbeitete die SED auf ihrem VIII. Parteitag folgenden Inhalt der Hauptaufgabe des Fünfjahresplans 1971-1975:

„Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplans besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“⁴⁾

Eindeutig widerspiegelt sich diese Linie der Wirtschaftspolitik der SED in den Plandokumenten zum Fünfjahrplan 1971-1975.⁵⁾

Der Fünfjahrplan ist vor allem und zuerst ein Plan der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Er ist weiterhin ein Plan – der Entfaltung der schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen; – der Weiterentwicklung und Festigung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in der DDR; – der Intensivierung der Produktion und der hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität; – der weiteren Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der schnellen Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Produktion; – der Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft und der sozialistischen ökonomischen Integration;

– der Erhöhung der Verteidigungskraft und der inneren Sicherheit. Über die Realität dieser Zielstellungen des Fünfjahresplans 1971 bis 1975, ausgehend von der Hauptaufgabe zu sprechen, heißt vor allem zu betonen, daß die Voraussetzungen dafür auch durch den vorangegangenen Fünfjahrplan geschaffen wurden und daß es im Fünfjahrplan 1971-1975 ein ausgeglichenes Verhältnis von Zielstellung und materiell-technischen Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft gibt.

Nur unter Berücksichtigung dieser Bedingungen können solche Ziele

gestellt werden, wie jährliches Wachstum des Einkommens der Bevölkerung von 4 Prozent und damit übereinstimmend ein um 14-15 Milliarden höherer Warenfonds, eine um 39 Prozent steigende Konsumgüterproduktion und eine um 18 Prozent höhere Produktion von Nahrungsmitteln, der Bau von 500 000 Wohnungen und die Erhöhung der Leistungen aus dem Fonds der gesellschaftlichen Konsumtion um etwa 30 Prozent.

Ein Wesensmerkmal unserer Wirtschaftspolitik

Es gehört zu den Merkmalen sozialistischer Wirtschaftspolitik, nicht nur die Zielstellung für einen bestimmten Zeitraum zu erarbeiten, sondern auch die Wege zur Erreichung dieser Ziele zu zeigen. Die Partei der Arbeiterklasse hat mit ihren Beschlüssen allen Werktätigen deutlich gemacht, daß der Hauptweg die sozialistische Rationalisierung ist. Vielfältige Initiativen und die sozialistische Wettbewerbsbewegung nach dem VIII. Parteitag haben gezeigt, daß die Hauptaufgabe mit großer Intensität realisiert wird.

Es bewahrheitet sich auch in der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR, was L. I. Breschnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU ausgesprochen hat: „Die Partei geht auch davon aus, daß die Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen zu einem immer dringenderen Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung selbst, zu einer wichtigen ökonomischen Voraussetzung für die rasche Steigerung der Produktion wird.“⁶⁾ Damit wird das enge Wechselverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion deutlicher. Geht es bei der Entfaltung neuer Bedürfnisse und ihrer Realisierung im Sozialismus doch keineswegs um eine Kopierung imperialistischer Konsumtendenzen, sondern um eine strategische Aufgabe der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten, deren schöpferische Arbeit in der Produktion oder in anderen Bereichen gesellschaftlich nützlicher Arbeit, Lebensbedürfnis und damit ebenfalls Bestandteil der Bedürfnisbefriedigung ist. So gesehen ist das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus nicht etwa nur ein „Gesetz der sozialistischen Konsumtion“, vielmehr ist es ein ökonomisches Gesetz, das in allen Phasen des sozialistischen Reproduktionsprozesses wirkt. Es ist das ökonomische Bewegungsgesetz der sozialistischen Gesellschaft.

1) K. Honecker, Fragen von Wissenschaft und Politik in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: Neues Deutschland vom 18. 1. 1972, S. 3.
2) Programm der SED, Dietz Verlag Berlin 1961, S. 71.
3) E. Honecker, Schlußwort auf dem I. Plenum des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 18. 12. 1971.
4) O. Eberth, Milke, Aktuelle Probleme unserer sozialistischen Planung, Einleit., Dietz Verlag, S. 133.
5) Dekrete des VIII. Parteitages der SED, Dietz Verlag Berlin 1971, S. 63/64.
6) Vgl. W. Stoph, Begründung der Gesetze über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft 1971/72 und über den Volkswirtschaftsplan 1972, in: Die Wirtschaft, Nr. 8/82, S. 5.
7) L. I. Breschnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, APM Verlag Moskau, Dietz Verlag Berlin 1971, S. 37.

„Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus“

Neuerscheinungen des VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

„Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus“ ist der Titel einer Sammlung von Studienmaterialien, die der Hochschulausbildung zugrunde gelegt werden sollen. Herausgeber ist ein Autorenkollektiv: G. Großer, H. Beyer, K. Schneider. Die Autoren bieten zu jedem behandelten Themenkomplex ein gesichertes Grundwissen, wobei die Beiträge von Marx, Engels und Lenin sowie die Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung auswerten.

Bisher sind erschienen: „Der wissenschaftliche Kommunismus – Bestandteil des Marxismus-Leninismus“ von einem Autorenkollektiv unter Leitung von G. Großer; „Die proletarische Revolution – Bedingungen und Perspektiven“ von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Beyer.

Im dritten Quartal 1972 wird das etwa 150 Seiten umfassende Werk „Antimonopolistische Alternative – sozialistische Perspektive“ von einem Autorenkollektiv unter Leitung von R. Reißig erscheinen. In diesem Werk untersuchen die Autoren die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Nach einer umfangreichen Untersuchung des Wechselverhältnisses zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus arbeiten die Autoren die wesentlichsten Forderungen der antimonopolistischen Kräfte dieser Länder heraus. Wesentlich sind dabei der Kampf der Arbeiterklasse unter staatsmonopolistischen Bedingungen sowie Funktion, Entwicklung und Bündnispolitik der kommunistischen Parteien.

Im vierten Quartal 1972 erscheint das von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Beyer herausgegebene, ebenfalls 150 Seiten umfassende Werk „Der Hauptinhalt unserer Epoche und die Hauptströmungen des weltrevolutionären Prozesses“. Ausgehend von der marxistisch-leninistischen Epochebestimmung erarbeiten die Autoren den Grundwiderspruch und die drei revolutionären Hauptströmungen unserer Epoche. Sie behandeln die Gesetzmäßigkeiten der revolutionären Strategie und Taktik der internationalen und kommunistischen Arbeiterbewegung bei der Leitung dieses Prozesses. (ADM)

In seiner Arbeit „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“ schrieb Lenin, daß der moderne Militarismus ein „Resultat“ und eine „Lebenserscheinung“ des Kapitalismus ist.¹⁾ Das trifft in vollem Umfang auch für das staatsmonopolistische System der BRD zu. Der im Wesen des ökonomischen Monopols liegende Drang nach Herrschaft und Gewalt läßt Aggressivität zur „Grundtendenz des Imperialismus“ werden²⁾, zu deren Durchsetzung er des Militarismus und der Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens bedarf.

Auch im Rahmen der imperialistischen Bestrebungen, die Arbeiterklasse und andere staatsmonopolistische Bevölkerungsteile der BRD in das staatsmonopolistische System zu integrieren, ist die Militarisierungspolitik ein gewichtiger Faktor. Beide Prozesse bedingen einander in der Art, daß der eine Prozeß Voraussetzung zur erfolgreichen Durchsetzung des anderen ist und umgekehrt. So soll mittels der Militarisierung im Sinne des angestrebten Integrationsprozesses eine „Disziplinierung“ der Massen erreicht werden, die den ökonomischen und politischen Interessen der Bourgeoisie entspricht. Dazu gehört sowohl das gegenwärtig verstärkte Bemühen aller im Bundestag vertretenen politischen Kräfte in der BRD, den Militarisierungsprozeß auch vermittels staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen wie Schulen, Universitäten, militaristischer Verbände und Organisationen sowie Massenmedien weiter voranzutreiben, als auch die sich deutlich abzeichnenden Militarisierungstendenzen in den Monopolbetrieben auf der Basis autoritärer Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse innerhalb – und nach Möglichkeit auch außerhalb – des Produktionsprozesses. So wird bereits im „Jahrbuch des deutschen Unternehmers 1964“ unmissverständlich und „mit aller Deutlichkeit“ festgestellt, „daß Wirtschaften immer eine hierarchische Ordnung erfordert, also Überordnung und Unterordnung und zuletzt auch eine Art von Befehlsgewalt“.³⁾

Militarisierung und imperialistische „Integration“ – einander bedingende Prozesse

Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens als Mittel imperialistischer Integrationsbestrebungen in der BRD / Von Dr. phil. Siegfried Zeimer, Institut für internationale Studien (Teil 3)

Ziel: Identifikation mit dem imperialistischen Staat

Zum anderen soll mittels der „Integrationspolitik“ jene vom Kriegsmilitarismus Helmut Schmidt geforderte „Identifikation mit Staat und Gesellschaft“ durch breite Teile der Bevölkerung erreicht werden, die die imperialistische Kriegsdoktrin als eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Führung eines Aggressionskrieges unter den gegenwärtigen Bedingungen der Systemauseinandersetzungen betrachtet. Damit aber wird die Integrationspolitik zum militärpolitischen und militärtheoretischen Bestandteil imperialistischer Aggressionspolitik und Kriegsvorbereitung, dient sie doch dazu, die soziale Basis zur erfolgreichen Durchsetzung dieser Politik zu vergrößern.

Kernstück: Bundeswehr

Kernstück dieses Gesamtprozesses ist das Bestreben der herrschenden Kreise der BRD, die Bundeswehr entgegen allen inzwischen laut gewordenen gegenteiligen Beteuerungen als „Schule der Nation“ in den Dienst ihrer Integrationsbestrebungen zu stellen. Das aber heißt, daß den Wehrpflichtigen der BRD durch ihren Dienst in der Bundeswehr vor allem auch solche integrationsfördernde Eigenschaften anzugehen werden, die über ihren Wert in soldatischen Gemeinschaften

hinaus nach der Beendigung des „Wehrdienstes“ wirksam bleiben. Dazu gehört unter anderem auch die Anziehung solcher „Tugenden“, die auch „als Tugenden der industriellen Arbeit“ gelehrt und gelobt werden: „Verantwortung für Mensch und Werk, Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft (...), Zusammenarbeit, Pflichterfüllung, Exaktheit, Gerechtigkeit gegen Untergebene, Ehrfurcht (D) vor Vorgesetzten, sich etwas sagen lassen usw.“⁴⁾

Über die Wirkung einer mit solcher Zielstellung und mit den speziellen und objektiven Wirkungsmöglichkeiten der Armee betriebenen Manipulierung im Interesse der Integrationspolitik sollte es keinen Zweifel geben. Triumphierend schrieb z.B. ein Massenblatt aus dem Springer-Konzern: „Bundeswehr ist die große Erziehungsschule der Nation! Arbeitgeber sind sich einig: Junge Mitarbeiter (D) sind weitaus pflichtbewußter, wenn sie in der Bundeswehr gedient haben.“⁵⁾ Mit besonderer Genugtuung wird daher vermerkt, daß die kapitalistische Industrie heute wieder darauf bedacht ist, „dem gedienten Mann zwangsläufig die besseren Chancen zu geben als dem ungedienten“.⁶⁾

In einer Kommandeursbesprechung der Bundeswehr beschneigte Kriegsminister Schmidt in seiner

Rede vom 29. März 1971 den militärischen Führungskräften ausdrücklich „Erziehungstätigkeit“ Fruchte trägt!“. Das zeige sich, so meinte er, ganz deutlich in der Haltung der Reservisten, also der „bundeswehrgedienten Soldaten“.⁷⁾ Damit aber wäre ein wichtiges Ziel der spezifischen Aufgabenstellung für die Bundeswehr im Rahmen der „Integrationspolitik“ erreicht: Die durch die „Schule der Nation“ angezogenen integrationsfördernden Eigenschaften fungieren vermittels ihrer Übertragung auf die zivilen Bereiche der Gesellschaft der BRD durch die jährlich etwa 200 000 zur Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst anstehenden Soldaten als Verstärker für die anderen Integrationsmechanismen des staatsmonopolistischen Systems, mit denen zusammen sie wiederum auch auf das Bewußtsein jener Jugendlichen, gewissermaßen vorformend, einwirken, die als Wehrpflichtige zur Bundeswehr kommen und damit wiederum auf die Armee zurückwirken.

Darüber hinaus bemüht sich die Bundeswehrführung auch um direkten Kontakt mit der Bevölkerung, vor allem der Jugend, um eine im imperialistischen Sinne verstärkte integrationsfördernde „Wehrbereitschaft“ zu forcieren. So stehen allein für die Informationsarbeit in den Schulen der BRD mehr als 1200 Soldaten zur Verfügung, darunter 45 hauptamtliche und 700 neben-

„Reform“- und „Integrations“-politik des Monopolkapitals – Methode des Betrugs, der Versprechungen und der Zugeständnisse im Unwesentlichen, um die Herrschaft des Großkapitals zu erhalten (DKP)

Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens als Mittel imperialistischer Integrationsbestrebungen in der BRD / Von Dr. phil. Siegfried Zeimer, Institut für internationale Studien (Teil 3)

amtliche „Jugendoffiziere“ sowie 300 „Jugendunteroffiziere“. Sie standen im Jahre 1969, wie das „Weißbuch 1970“ des Kriegsministeriums der BRD zu berichten weiß, „rund 60 000 angehenden Abiturienten und 100 000 Jugendlichen in Mittelschulen und Jugendverbänden Rede und Antwort“.⁸⁾ Insgesamt erreichte die Bundeswehr 1969 mit ihren verschiedenen Veranstaltungen etwa 2,5 Millionen Menschen, 1970 besuchten rund 15 Millionen Besucher aus allen Kreisen der Bevölkerung Einrichtungen der Bundeswehr, nahmen 134 000 an Diskussionen, Vorträgen und Foren der Bundeswehr teil.

Entschiedener Kampf unter Führung der DKP

Diesen massiven Bestrebungen zur weitestgehenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der BRD haben die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte unter Führung der DKP einen entschiedenen Kampf angesagt. Das mußten auch die reaktionären Kräfte in der BRD zur Kenntnis nehmen. „Um das Jahr 1968“ so heißt es in einem Vortrag von Hans-Joachim Weehl zum Thema „Linkstaktikalismus und Verteidigung in der BRD“ auf der International Conference Interdoc in Nordwijk aan Zee (Holland) am 17. April 1970, „stellen wir mit der Konstituierung einer neuen kommunistischen Partei (DKP) und einer gleichzeitig entstandenen und schnell aktiv werdenden kommunistischen Jugendorganisation (SDAJ) eine gewisse Basis dahin nicht für möglich gehaltenen Beginn einer Konsolidierung der kommunistischen Kräfte in der BRD fest“. Die entschlossenen Aktionen dieser „kommunistischen Kräfte“ konnten wie es in dem Vortrag weiter heißt „auf die Schlagkraft der Truppe aber auch auf die Stellung der Bundeswehr innerhalb der NATO, nicht ohne Auswirkung bleiben“.⁹⁾

1) W. I. Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 13, S. 107.
2) Autorenkollektiv, Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 103.
3) Ernst Georg Schneider, Bei der Unternehmung Zukunft! In: Jahrbuch des deutschen Unternehmers 1964, S. 162.
4) Hans-Dieter Bamberg, Militarisierung in Westdeutschland (I), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 16. Jg., Heft 10/1969, S. 1397.
5) Zitiert in ebenda, S. 1382.
6) Curt Thieme, Der goldene Soldat in der Industrie, in: Information für die Truppe, Heft 10/1968, S. 734.
7) Zur Lage der Bundeswehr, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 60, Bonn, 3. 4. 1971, S. 239.
8) Weißbuch 1970, 6. Wahlperiode, Drucksaft 67/703, Bonn, 14. 2. 1970, S. 117.
9) Hans-Joachim Weehl, Linkstaktikalismus und Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland, a. O., o. J., S. 4.